

**abgeschlossen am
19. Dezember 2002**

	<u>Seite</u>
1. Senate Majority Leader Lott mit Rücktrittsforderungen konfrontiert	1
2. Parteien benennen Mitglieder für „9/11“-Untersuchungskommission	3
3. Die neuen Ausschussvorsitzenden im Senat	4
4. CBO schätzt Kosten eines Krieges gegen den Irak	6
5. Bush wechselt wirtschaftspolitisches Führungsteam aus	6
6. Demokratin gewinnt Stichwahl in Louisiana	8

12/2002

1. Senate Majority Leader Lott mit Rücktrittsforderungen konfrontiert

Der designierte Mehrheitsführer im Senat Trent Lott (R-Miss.) hat mit kontroversen Bemerkungen in einer Rede anlässlich des 100. Geburtstags von Senator Strom Thurmond (R-S.C.) Anfang Dezember 2002 einen Sturm öffentlicher Kritik ausgelöst. Obwohl sich Lott bereits mehrfach für seine Äußerungen entschuldigt hat, die eine grundsätzlich ablehnende Haltung zur Politik der Rassengleichstellung und -integration in den USA nahe legen, sieht er sich mit Forderungen nach Rücktritt vom Amt des *Senate Majority Leader* im 108. Congress konfrontiert, die auch aus den Reihen der Republikanischen Partei kommen.

Im Zentrum der heftigen Debatte um Lotts politische Zukunft steht dessen in der Geburtstagsrede geäußerte Behauptung, den USA wären gravierende Schwierigkeiten erspart geblieben, wenn sich Thurmond mit seiner Präsidentschaftskandidatur 1948 hätte durchsetzen können. Thurmond war 1948 als Kandidat der *States Rights Party (Dixiecrats)* angetreten, einer segregationistischen Abspaltung der Demokratischen Partei, die unter Präsident Truman einen Kurs forcierter Bürgerrechtspolitik eingeschlagen hatte.

Vor dem historischen Hintergrund von Thurmonds hartnäckiger Gegnerschaft gegen die Durchsetzung der vollen Bürgerrechte für die schwarze Bevölkerung in den USA klangen Lotts Einlassungen wie eine unzeitgemäße Verteidigung rassistischer Äußerungen.

In einer ersten Entschuldigung hielt Lott entgegen, er habe sich in seinen lobenden Äußerungen ausschließlich auf Thurmonds konservative Politik bezogen und nicht auf dessen Widerstand gegen die Rassenintegration. Kritiker bemängelten das als unzureichend und verwiesen darauf, dass sich der designierte Mehrheitsführer des Senats bereits mehrfach öffentlich in ähnlicher Weise geäußert habe.

Darüber hinaus wurden Lott Verbindungen zum politischen Milieu am rechten Rand vorgehalten, beispielsweise zur christlichen *Bob Jones University* in South Carolina, die ihren Studenten noch bis vor kurzem „interrassische Beziehungen“ untersagt hatte, oder dem *Council of Conservative Citizens (CCC)*, einer erklärtermaßen rassistischen Organisation.

Angesichts der weiterreichenden Vorwürfe versuchte Lott das Problem mit zusätzlichen Erklärungen und Entschuldigungen auszuräumen. In öffentlichen Auftritten, unter anderem in einer Talk Show des Senders *Black Entertainment TV*, bezeichnete er die Segregation als unmoralisch und als Schandfleck der US-Geschichte. Zur Überraschung konservativer Republikaner bekundete er dabei seine Unterstützung für *Affirmative Action*-Programme zu Gunsten von Minoritäten, die zwischen Parteien seit den 1960er Jahren heftig umstritten sind.

Ungeachtet der fortgesetzten Bemühungen Lotts die peinlichen Äußerungen auszuräumen, hat sich der politische Druck auf den Senator erhöht. Insbesondere die unverhohlene, öffentliche Kritik Präsident Bushs hat den Chor jener Stimmen in der republikanischen Partei anwachsen lassen, die einen Rückzug des Senators aus der Politik fordern.

So haben Außenminister Colin Powell und Sicherheitsberaterin Condoleeza Rice, prominente schwarze Spitzenvertreter der Administration, Lott offen ihre Unterstützung verweigert. Auch Gouverneur Jeb Bush (Fla.), der Bruder des Präsidenten, hat Lotts Festhalten an seiner Führungsrolle als problematisch bezeichnet. Inoffiziell favorisiert die Administration Senator Bill Frist (Tenn.), den bisherigen Vorsitzenden des Wahlkampfkomitees der Republikaner im Senat, bereits als geeigneten Nachfolger Lotts für das Amt des *Senate Majority Leader*.

Dahinter steht zum einen die Sorge, dass die anhaltende Debatte um Lott und die republikanische Strategie, auch den rechten Rand und traditionalistische Wähler in den Südstaaten in ihrer Wählerkoalition zu halten, die Bemühungen des Präsidenten um eine Öffnung der Partei zur politischen Mitte wie zu Minderheitengruppen konterkarieren könnte. Zum anderen wird befürchtet, dass die Kontroverse um Lott (und die überkommene Segregationspolitik) die gesetzgeberischen Initiativen der Republikaner für die kommende Legislaturperiode überlagern und ihre Handlungsfähigkeit einschränken könnte.

Unbeschadet der öffentlichen Zurückhaltung des Präsidenten in der Frage der Wahl eines neuen *Senate Majority Leader* hat die offensichtlich mangelnde politische Rückendeckung für Lott in der republikanischen Senatsfraktion eine Diskussion um Nachfolgelösungen ausgelöst. So hat die Fraktion für den 6. Januar 2003 eine Sondersitzung zur Beratung über die Situation anberaunt, und Senator Don Nickels, (Okla.) im 107. Congress als *Minority Whip* (Fraktionsgeschäftsführer) die Nummer 2 in der Fraktionshierarchie, hat sich öffentlich vorgewagt und den Rücktritt Lotts von der Führungsspitze verlangt.

Anscheinend verfügt Lott über immer weniger Rückhalt in der Fraktion, was auch darin zum Ausdruck kommt, dass sich bisher nur wenige Fraktionskollegen wie Orrin Hatch (Utah) und Arlen Specter (Pennsylvania) öffentlich für ein Festhalten an Lott ausgesprochen haben.

Um Trent Lott einen Abtritt von der Führungsspitze zu erleichtern, ohne seinen Senatsitz aufzugeben, der gegebenenfalls vom demokratischen Gouverneur Mississippis mit einem Vertreter der Oppositionspartei besetzt werden könnte, wird zudem über eine geeignete neue Führungsrolle für den in Bedrängnis geratenen Senator nachgedacht.

Sollte sich Lott jedoch als Führer der Fraktion wie des Senats behaupten können, scheint seine Position durch die Auseinandersetzungen in der Partei wie durch den

Bruch mit der Administration massiv beschädigt und sein Durchsetzungsvermögen erheblich eingeschränkt.

2. Parteien benennen Mitglieder für „9/11“-Untersuchungskommission

Präsident Bush und die demokratischen und republikanischen Parteiführungen von Senat und Repräsentantenhaus haben im Dezember 2002 die Mitglieder der unabhängigen Kommission zur Untersuchung der Arbeit der Sicherheitsbehörden im Vorfeld der Terroranschläge vom 11. September 2001 benannt.

Die Einigung zwischen Administration und Vertretern der Fraktionen im Congress über die Besetzung und Verfahrensweise der Kommission hatte nach den November-Wahlen den Weg für die neue Untersuchung frei gemacht (vgl. CR 11/2002, S. 5).

Gemäß dem ausgehandelten Kompromiss

- ernennt der Präsident den Vorsitzenden der 10-köpfigen Kommission, die demokratischen Parteiführungen von Senat und Repräsentantenhaus dessen Stellvertreter. Die Führungen der Parteien in den beiden Kammern des Congress benennen jeweils zwei weitere Kommissionsmitglieder.

Präsident Bush hatte zunächst den früheren Außenminister Henry Kissinger für den Kommissionsvorsitz vorgeschlagen. Ungeachtet des hohen Ansehens Kissingers stieß Bushs Vorschlag jedoch vor allem bei den Vertretern der Hinterbliebenen der Anschlagsoffer auf Kritik, weil Kissingers Verbindungen zu ausländischen Regierungen im Rahmen seiner Tätigkeit als Politikberater die Unabhängigkeit der Kommissionsarbeit in Frage zu stellen schien.

Während Kissinger beteuerte, dass seine Auslandsverbindungen und Aktivitäten seiner Arbeit als Kommissionsvorsitzender nicht im Wege stünden, war er zur vollständigen Offenlegung aller seiner Kontakte jedoch nicht bereit. Mitte Dezember 2002 erklärte er dann, dass er für das Amt des Vorsitzenden der Untersuchungskommission nicht zur Verfügung stünde.

Wenig Glück hatten auch die Demokraten mit ihrem ersten Vorschlag für den stellvertretenden Vorsitz. Der von ihnen benannten frühere *Senate Majority Leader* George J. Mitchell (Maine), ebenfalls eine hochkarätige Wahl, lehnte wie Kissinger mit Verweis auf seine geschäftlichen Tätigkeiten eine Übernahme der Aufgabe ab.

Bush ernannte nach der Absage Kissingers den früheren Gouverneur von New Jersey, Thomas H. Kean, zum Vorsitzenden. Kean fehlt zwar der außen- und sicherheitspolitische Erfahrungshintergrund, aber der gemäßigt-konservative Republikaner hat sich während seiner Gouverneurszeit den Ruf eines durchsetzungsstarken und unabhängigen Politikers erworben.

Die Demokraten benannten für den stellvertretenden Vorsitz schließlich Lee H. Hamilton. Der frühere Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des Repräsentantenhauses hat große außen- und sicherheitspolitische Erfahrung und wird auch von den Republikanern wegen seiner Expertise allgemein sehr geschätzt.

Als weitere Kommissionsmitglieder benannten die Demokraten Senator Max Cleland (Ga.), der in den Novemberwahlen seinen Senatssitz knapp verloren hat, sowie den Abgeordneten Timothy J. Roemer (Ind.), der zusammen mit den Senatoren Joe Lieberman (D-Conn.) und John McCain (R-Ariz.) den Vorschlag für die Einsetzung der Kommission im Congress eingebracht hatte. Die verbleibenden zwei demokratischen Kommissionsmitglieder sind weniger bekannte, aber profilierte Juristen, nämlich Richard Ben-Veniste und Jamie Gorelick, stellvertretender Justizminister unter Clinton.

Speaker Dennis Hastert ernannte den früheren Gouverneur von Illinois, Jim Thompson, sowie den Juristen Fred Fielding, Rechtsberater im Weißen Haus unter Ronald Reagan. *Senate Majority Leader* Trent Lott benannte den früheren Senator Slade Gorton (Wash.) und den vormaligen Marine-Staatssekretär John Lehman als Kommissionsmitglieder. Lott ignorierte damit den Wunschkandidaten von Senator McCain sowie der Hinterbliebenen-Vertreter, den früheren Senator Warren B. Rudman (N.H.), der sich zuletzt durch den Vorsitz einer Anti-Terror-Kommission vor den September-Anschlägen profiliert hatte.

Zusätzliches Gewicht erhält die Arbeit der unabhängigen Kommission durch kritische Stimmen aus den Reihen der Mitglieder des gemeinsamen Untersuchungsausschusses von Senat und Repräsentantenhaus (vgl. CR 9/2002, S. 3), der kürzlich seinen Abschlussbericht vorgelegt hat. Ungeachtet des Ausweises einer langen Liste von Fehlern und Unterlassungen seitens der Sicherheitsbehörden im Bericht des Ausschusses deuteten einige Mitglieder an, die Untersuchung sei zu oberflächlich gewesen und lasse Forderungen nach personellen und organisatorischen Konsequenzen vermissen.

3. Die neuen Ausschussvorsitzenden im Senat

Nach dem Sieg der Republikaner in den Zwischenwahlen 2002 (vgl. CR 11/2002, S. 1), durch den sie die Mehrheit im Senat zurückgewinnen konnten, fallen ihnen mit Beginn der neuen Legislaturperiode die Vorsitze in den 20 ständigen Ausschüssen der Kammer zu. Daran ändert auch das erfolgreiche Abschneiden der Demokratin Mary Landrieu nichts, die sich in einer Stichwahl in Louisiana durchsetzen konnte (vgl. Punkt 6). Im 108. Congress werden die Republikaner über eine Mehrheit von 51 Sitzen verfügen und damit die Ausschussvorsitze übernehmen.

Im Auswärtigen Ausschuss wird der gemäßigt-konservative Richard Lugar (Ind.) den Vorsitz übernehmen. Er löst Joseph R. Biden (D-Del.) ab, der das *Foreign Relations Committee* seit Juni 2001 führte. Lugar, der dem Senat seit 1977 angehört, gilt als er-

fahrener Außenpolitiker, der eine zentristische Position innerhalb seiner Fraktion einnimmt. Im Gegensatz zu seinem konservativen republikanischen Amtsvorgänger Jesse Helms (N.C.), der den Ausschuss von 1995-2001 führte, ist Lugar kein Verfechter eines kompromisslosen, hegemonialen Internationalismus, sondern vertritt einen pragmatisch-internationalistischen Kurs. Lugars Gewicht als Ausschussvorsitzender dürfte dabei nicht unwesentlich davon abhängen, inwieweit er weitere gemäßigt-konservative Republikaner wie Mark DeWine (Ohio) dazu bewegen kann, einen Sitz im *Foreign Relations Committee* anzustreben, wo konservative Republikaner wie Sam Brownback (Ks.) oder Chuck Hagel (Ne.) sehr einflussreich sind. Der neue Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses gilt als diskussionsfreudiger Zentrist, der auch vor Auseinandersetzungen mit dem Weißen Haus nicht zurückschreckt. Sein Amtsvorgänger Biden wird die Funktion des *Ranking Minority Member* übernehmen.

Den Streitkräfteausschuss wird John W. Warner (R-Va.) führen, der diese Funktion schon zwischen 1999 und Mitte 2001 innehatte. Warner, der Carl Levin (D-Mich.) ablöst, gilt als entschiedener Befürworter eines militärisch starken Amerika und propagiert eine zügige Neuausrichtung der Waffenbeschaffungsprogramme im Zuge des Krieges gegen den internationalen Terrorismus. Der Arbeit des neuen Ausschussvorsitzenden dürfte es entgegenkommen, dass es seit den Ereignissen des 11. September 2001 einen breiten zwischenparteilichen Konsens in der Rüstungspolitik gibt, der, sieht man einmal von Differenzen zwischen Republikanern und Demokraten über die Raketenabwehr ab, auf vermehrten Rüstungsausgaben beruht.

Der Bewilligungsausschuss wird von Ted Stevens (R- Alaska) geführt werden, der den kantigen und für seine Unabhängigkeit berühmten Robert C. Byrd (D-W.Va.) ablöst. Allerdings besitzt auch Stevens, der dem Senat seit 1968 angehört, einen großen Hang zur politischen Unabhängigkeit und mit dem Vorsitz im *Appropriations Committee* über ein machtvolles Amt, um seinen Vorstellungen gehörigen Nachdruck zu verleihen. Stevens gilt als Befürworter eines stärkeren US-amerikanischen Engagements in Asien und im Pazifischen Raum und dürfte sich durchaus als selbstbewusster und sperriger Gesprächspartner des Präsidenten erweisen.

Als weitere republikanische Ausschussvorsitzende sind vorgesehen:

- Richard C. Shelby (Ala.), *Banking Housing and Urban Affairs Committee*;
- Don Nickles (Okla.), *Budget Committee*;
- John McCain (Arz.), *Commerce, Science and Transportation Committee*;
- Charles E. Grassley (Iowa), *Finance Committee*;
- James M. Inhofe (Okla.), *Environment and Public Works Committee*;
- Judd Gregg (N.H.), *Health, Education, Labor and Pensions Committee*;

- Orrin G. Hatch (Utah), *Judiciary Committee*;
- Susan Collins (Maine), *Governmental Affairs Committee*.

Trotz des Mehrheitswechsels im Senat darf nicht vergessen werden, dass die demokratische Minderheit mit dem Instrument des *filibuster*, also der Blockade von Gesetzesvorlagen durch Dauerreden (welches nur durch Dreifünftel-Mehrheit beendet werden kann), über ein machtvolleres Mittel verfügt, um die republikanische Mehrheitsfraktion zu einem gewissen Entgegenkommen zu zwingen.

4. CBO schätzt Kosten eines Krieges gegen den Irak

Das *Congressional Budget Office* hat mit Blick auf einen immer wahrscheinlicher werdenden Krieg gegen den Irak die perspektivischen Kosten berechnet, die sich

- im Falle des Einsatzes von 250.000 amerikanischen Soldaten auf geschätzte 44 bis 60 Mrd. USD belaufen werden.

Allerdings sind die Folgekosten für eine sogenannte „Stabilization Force“ in diese Kalkulationen nicht eingerechnet, die abhängig von der Dauer der stationierten Truppen zusätzlich zwischen 50 und 100 Mrd. USD betragen dürften. Insgesamt könnten sich die materiellen Kosten einer militärischen Gewaltanwendung gegen den Irak für die Vereinigten Staaten also auf 100 bis 200 Mrd. USD summieren.

Während Präsident Bush es bisher strikt abgelehnt hat, auf die Kosten eines perspektivischen Krieges gegen den Irak öffentlich einzugehen, halten Demokraten im Congress wie John Spratt (S.D.) eine Kostendebatte für unerlässlich. „Wenn wir einen Krieg planen können“, so Spratt, „dann sollten wir auch planen wie wir den Krieg bezahlen.“ Im Golfkrieg 1991, so der Demokrat, konnten die USA andere davon überzeugen, den größten Teil der Kosten zu übernehmen, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland. Dieses Mal könnte das anders sein.

5. Bush wechselt wirtschaftspolitisches Führungsteam aus

Präsident Bush hat Ende November und Anfang Dezember 2002 in einer Serie schneller und – zu diesem Zeitpunkt – überraschender Schritte die Führungsspitze seines wirtschaftspolitischen Führungsteams erneuert.

Während der Präsident seinen persönlichen Wirtschaftsberater, den *White House Economic Advisor* und Leiter des *National Economic Council* (NEC), allein ernennen kann, benötigt er für die Nachfolge-Nominierungen für die Position des Finanzminis-

ters sowie des Leiters der *Securities and Exchange Commission* (SEC) die Zustimmung des Senats.

Harvey L. Pitt, der *Chairman* der SEC, trat im November unmittelbar nach den Congress-Wahlen von seinem Amt zurück. Pitt, der schon im Kontext der spektakulären Wirtschaftsbetrugsfälle und Firmenkonkurse der letzten beiden Jahre unter Beschuss geraten war, gab nach dem Eingeständnis von Fehlern in der Besetzung der Leitung der Bilanzprüfungsaufsichtskommission auf, die mit der Umsetzung der verschärften Unternehmensaufsicht in Folge der Skandalserie betraut worden ist (vgl. CR 8/2002, S. 3).

Als Nachfolger nominierte Bush William H. Donaldson, früher als Wirtschaftsjurist und Leiter der *New York Stock Exchange* tätig und ein langjähriger Freund der Bush-Familie. Bush lenkte im Zuge der Nominierung in der Frage des umstrittenen Budgetansatzes für die SEC ein und versprach, eine drastische Aufstockung des Haushaltsansatzes für die Behörde zu unterstützen.

Der zurückgetretene Finanzminister Paul O'Neill wird durch John W. Snow, den Direktor der Eisenbahngesellschaft CSX Corporation ersetzt, Wirtschaftsberater Lawrence Lindsey durch Stephen Friedman, den früheren Vorsitzenden von Goldman Sachs & Co. und dort Kollege von Robert Rubin, Finanzminister unter Präsident Clinton.

Mit der Auswechslung des Finanzministers und des persönlichen Wirtschaftsberaters ist zumindest derzeit kein Wechsel in Wirtschafts- und Finanzpolitik verbunden. Innerhalb der Administration waren O'Neill und Lindsay nicht wegen der inhaltlichen Ausrichtung der Bush-Politik in die Kritik geraten, sondern weil es ihnen nicht gelang, in der Außendarstellung das gewünschte Profil zu zeigen. Zudem war O'Neill durch allzu undiplomatische Bemerkungen mehrfach angeeckt. Zum Beispiel hatte er die konjunkturpolitische Begründung von Bushs Steuerreform 2001 als "Showbusiness" bezeichnet.

Mit der Erneuerung der wirtschaftspolitischen Führungsspitze will Bush zudem seine Bemühungen verstärken, die Handlungsfähigkeit und Kompetenz der Administration in Wirtschaftsfragen mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen 2004 zu demonstrieren.

Die anhaltende Konjunkturschwäche der amerikanischen Wirtschaft droht Bushs Wiederwahlaussichten ungeachtet der außen- und sicherheitspolitischen Erfolge der Regierung und der nach wie vor hohen Popularität des Präsidenten im Zuge des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus zu unterminieren.

Der erfolgte Einschnitt soll den Wählern vor diesem Hintergrund Bushs Besorgnis um die wirtschaftliche Lage der Durchschnittsbürger und sein Engagement für eine Verbesserung der Situation auch personell sichtbar machen. Die Demokraten werteten die Personalauswechslung demgegenüber als Eingeständnis des wirtschaftspolitischen Scheiterns der Administration und mahnten eine inhaltliche Kurskorrektur an.

6. Demokratin gewinnt Stichwahl in Louisiana

Die amtierende Senatorin Mary Landrieu (D) konnte in den Stichwahlen (Runoff Elections) in Louisiana am 8. Dezember 2002 ihr Mandat verteidigen. Sie gewann mit 52 Prozent gegen ihre republikanische Herausforderin Suzanne Haik Terrell, die mit knapp 48 Prozent der Stimmen einen Achtungserfolg erzielte.

Der Stichentscheid in den Senatswahlen von Louisiana war erforderlich geworden, weil Anfang November keiner der Kandidaten eine absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen erreicht hatte. Als einziger US Bundesstaat fasst Louisiana die Parteivorwahlen und die Congress-Wahlen in einem Wahlgang zusammen. Erhält keiner der in der Regel mehr als zwei Kandidaten eine absolute Mehrheit der Stimmen, kommt es zu einer Stichwahl zwischen den beiden führenden Kandidaten.

Mit dem bis zuletzt nicht als sicher geltenden Sieg Landrieus konnten die Demokraten ihre Verluste im Senat auf zwei Sitze begrenzen (vgl. CR 11/2002, S. 1). Präsident Bush und die republikanische Partei, die sich massiv für Terrell eingesetzt hatten, mussten nach ihren großen Erfolgen in den November-Wahlen eine erste Niederlage eingestehen.

Landrieu, die als gemäßigt-konservative Demokratin Bush häufig unterstützt hatte, warb gegenüber ihrer Gegenkandidatin insbesondere mit ihrer parteilpolitischen Unabhängigkeit von der Administration. Zudem hatten republikanische Angriffe gegen Landrieu als zu „liberal“ (links) dazu beigetragen, die schwarzen Wählerinnen und Wähler stärker als im ersten Wahlgang zu mobilisieren.

Mit der Auszählung der drei Mitte November noch offenen Abgeordnetenwahlkreise verringerte sich der Vorsprung der Republikaner vor den Demokraten im Repräsentantenhaus um einen auf nun 24 Sitze.

Mit der Wahlentscheidung in Louisiana und dem Abschluss der Auszählungen der Repräsentantenhauswahlkreise ergibt sich die folgende Sitzverteilung im 108. Congress:

108. Congress (Stand: Dezember 2002)	
Repräsentantenhaus	Senat
229 Republikaner	51 Republikaner
205 Demokraten	48 Demokraten
1 Unabhängiger	1 Unabhängiger